

Betr.: Wirtschaftswende für Deutschland 2024

Noch in seiner Eigenschaft als Finanzminister hat Christian Lindner, Vorsitzender der FDP, ein Wirtschaftswendepapier erarbeitet und seinen Koalitionspartnern vorgestellt.

Er wollte damit den aktuellen Abstieg der deutschen Wirtschaft stoppen und zu einem besseren wenden.

Statt das Papier anzuschauen und über Einzelheiten zu diskutieren, haben seine Rot-Grünen Koalitionspartner das Regierungsbündnis aufgekündigt.

Rückblick:

Nach dem 2. Weltkrieg war Deutschland aufgrund des von den Nazis angezettelten 2. Weltkriegs vollständig ruiniert.

1949 wurde Deutschland geteilt, im Westen entstand die Bundesrepublik durch die drei von Westmächten besetzten Zonen (Amerikaner, Briten und Franzosen) und im Osten die DDR (Sowjetisch besetzte Zone).

Die ersten Wahlen brachten in der Bundesrepublik CDU und FDP mit knapper Mehrheit in Regierungsverantwortung, angeführt vom 1. Bundeskanzler Konrad Adenauer und seinem Wirtschaftsminister, Prof. Ludwig Erhard.

Von da an ging es steil bergauf. Es entstand das vielgelobte Wirtschaftswunder. In relativ kurzer Zeit wurde Deutschland aus Schutt und Asche aufgebaut und das auch noch ohne, dass sich der Staat verschuldet hat.

Mit den 68ern kam dann ein Umdenken in der Gesellschaft. Das Soziale rückte mehr und mehr in den Vordergrund, nach dem Motto: Wir können uns alles leisten.

Das führte 1969 auch zur ersten SPD-Regierung in Deutschland und damit verbunden, eine ansteigende Verschuldung des Staats.

1982 kam es zu einer Wende, nachdem der damalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ein erstes Wendepapier vorgelegt hat, das letztlich die Ära Kohl (CDU) eingeleitet hat.

Parallel zur Geschichte der Bundesrepublik hat der DDR-Staat von Anfang an unter Wirtschaftsschwäche und Verarmung der Gesellschaft gelitten.

Dies hat 1989 das Ende der DDR eingeläutet und zur Wiedervereinigung unter dem CDU-Kanzler Helmut Kohl geführt.

Die Wiedervereinigung hat zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt. Auf der anderen Seite aber die Staatsverschuldung stark ansteigen lassen.

Bei der Wahl 1998 wurde die CDU abgewählt und ersetzt durch die SPD, mit Kanzler Gerhard Schröder und seinem Wirtschaftsminister Wolfgang Clement.

Trotz ihrer Parteizugehörigkeit haben beide bald erkannt und Maßnahmen eingeleitet, um den weiteren Abstieg der deutschen Wirtschaft zu verhindern, indem sie 2003 die

Agenda 2010 auf den Weg gebracht haben, vor allem mit Reformen im Sozialsystem (Hartz IV), eine Maßnahme, die die CDU unter Helmut Kohl nicht durchsetzen konnte.

Die Agenda 2010 hat zunächst dazu geführt, dass Kanzler Schröder von seinen Parteifreunden zum Genossen der Bosse gekürt wurde und bei der Wahl 2004 sein Amt an Frau Merkel von der CDU abgeben musste.

Frau Merkel konnte nun mit dem Ergebnis der Agenda 2010 wuchern und hat relativ schadlos die Griechenland- und Finanzkrise 2010 bis 13 überstanden.

Mit ihrer Flüchtlingspolitik ab 2015 (Wir schaffen das) hat sie das Rad überdreht, mit der Folge, dass seither die Staatsverschuldung enorm angewachsen ist und die deutsche Wirtschaft immer mehr in Bedrängnis kommt.

Eine gut aufgestellte Industrie in Deutschland und vor allem der Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, hat seither viel ausgehalten, kommt aber mehr und mehr an seine Grenzen.

Als Rezept, die Probleme zu lösen, fällt SPD und anderen linksgerichteten Parteien nichts anderes ein, als weiter Schulden zu machen, z. B. fordert meine ehemalige Kreistagskollegin und aktuelle Bundesvorsitzende Esken 600.000.000.000 (Sechshunderttausend Millionen) zusätzliche Schulden zu machen.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft hat Christian Lindner, veranlasst, ein Wirtschaftswendepapier zu erarbeiten. Dies umfasst insgesamt 18 Seiten, nachzulesen unter [wirtschaftswende-deutschland.pdf](#)

Zu Beginn stellt er heraus, dass Deutschland ein wunderbares Land ist, dass mehr kann als Schulden machen und alle Chancen für eine gute Zukunft hat, wenn man anstehenden Hindernissen rechtzeitig und entschieden begegnet.

Das Papier hat er vorab seinen Koalitionspartnern zur Verfügung gestellt und angeboten, darüber zu diskutieren.

Statt dieses Angebot anzunehmen, haben Rot und Grün die FDP aus der Regierungsverantwortung entlassen.

Die aktuellen Schwächen sind:

Produktivität in Deutschland ist, im Vergleich zu anderen Ländern, vor allem aus Asien, zu teuer geworden und auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig.

Bürokratie wird zu einer immer größeren Belastung für die Wirtschaft und auch für die Bürger, verursacht durch die Vorschriftenflut, vor allem der Grünen, auch auf EU-Ebene.

Bürger und Wirtschaft leiden unter einer ständig zunehmenden Steuer- und Abgabenbelastung.

Politische Unsicherheiten führen zu Hemmnissen bei den Investitionen und bremsen den notwendigen Modernisierungsbedarf.

Eine weitere Verschuldung durch Aussetzung der Schuldenbremse würde vor allem zu Lasten der jungen Generation gehen.

Dazu sagt der Bund der Steuerzahler: wir haben kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem.

Der Sozialstaat toleriert Untätigkeit und verweigert Belohnung für Aktivitäten.

Die von Merkel eingeleitete Migrationspolitik bringt den Staat und vor allem Kommunen in große Finanznot.

Zusätzlich kommt Belastung durch den deutschen Sonderweg zur Klimaneutralität, was uns teuer zu stehen kommt und zu nichts führt.

Was ist zu tun, um Deutschland in eine erfolgreiche Zukunft zu führen:

- Keine neuen bürokratischen Hemmnisse und Vorschriften, solange der bestehende Bürokratiedschungel nicht durchforstet ist.
- Ausbau der Infrastruktur: Straßen – Schienen – digitales Netz
- Keine weitere Erhöhung von Steuern und Abgabelast, wobei das Steuersystem umgebaut werden kann, durch Erhöhung der Freibeträge für Geringverdiener, Abbau des Mittelstandsbauchs und Abbau von Subventionen, z. B. Subventionskürzungen von 5% pro Jahr.
- Umbau des Sozialstaats zugunsten von Schwachen und Bedürftigen und Belohnung für Arbeitseinsatz und Leistung.
- Änderung der Migrationspolitik, nach dem Motto: jeder der herkommt und seinen Lebensunterhalt selbst verdient, ist willkommen. Wir geben kein Geld für nichts tun und konsequente Rückführung von Straftätern.
- Eine Klimapolitik betreiben, die der Größe Deutschlands entspricht (1% Erdoberfläche, 1% Anteil an der Bevölkerung). Gepaart mit Vorbildfunktionen in Forschung und Entwicklung zur Klimasteuerung.

Vergleiche zwischen der Entwicklung BRD und DDR zeigen eindeutig, dass unser freiheitlich organisiertes Wirtschaftssystem allen sozialistischen Modellen weit überlegen ist.

Zum Schluss noch eine Erkenntnis von Boris Palmer, dem Rebellen aus Tübingen: Politische Brandmauern sind demokratiefeindlich und müssen beseitigt werden.

Aufgestellt: Karl Braun, Haiterbach